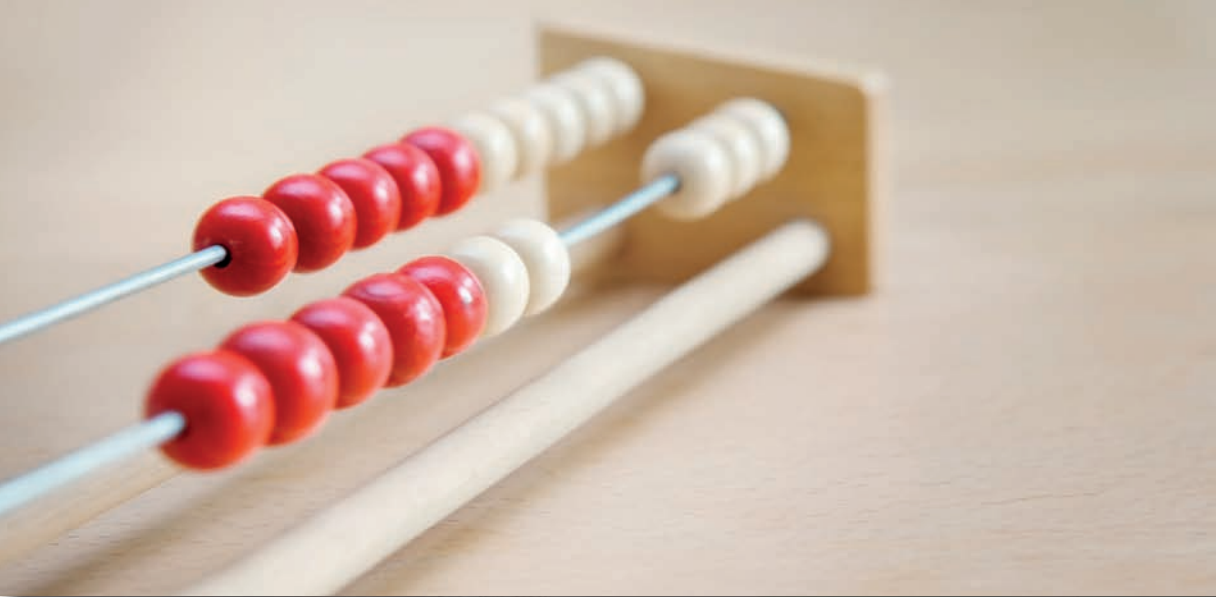


**Haushalt 2015**

**Fundament kommunaler  
Daseinsvorsorge**



*Rede von Oberbürgermeister Gerhard Möller  
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes  
in die Stadtverordnetenversammlung Fulda*

## I.

Für den Haushalt 2015 habe ich die Überschrift gewählt:

### **„Fundament kommunaler Daseinsvorsorge“**

Damit will ich auf die grundlegende Bedeutung der Haushaltswirtschaft für das kommunale Geschehen in unserer Stadt hinweisen.

Die lokale Demokratie ist in Form der Selbstverwaltung die unmittelbarste Erfahrungsebene der Bürgerschaft zu ihrem Gemeinwesen – ob als Einwohner, Arbeitnehmer oder Unternehmer, Konsument oder Gast, Einheimischer oder Zugewanderter.

Straßen, Wege, Plätze, Kindergärten, Schulen, Bürgerhäuser, Grünanlagen, Sportplätze, Bäder, ÖPNV, Bildungseinrichtungen, Friedhöfe oder Krankenhaus bis hin zur Feuerwehr und der Ordnungspolizei, nicht zuletzt die Verwaltung als öffentlicher Dienstleister – sie alle verkörpern sinnfällig das Gemeinwesen und sorgen auf der kommunalen Ebene für unser Dasein – nicht in allumfassender fürsorglicher Bevormundung, sondern als Rahmen für bürgerschaftliche Selbstverantwortung. Voraussetzung für diese Gewährleistung ist ein solides finanzielles Fundament, das im städtischen Haushalt für die Vorsorge des Jahres 2015 geschaffen werden muss.

## II.

### **Eckdaten**

Die wichtigste Botschaft vorab: Der Ergebnishaushalt des Jahres 2015 schließt im Entwurf ausgeglichen ab mit jeweils 161.658.250 Euro im Gesamtbetrag der Erträge und der Aufwendungen. Der Finanzhaushalt mit dem Schwerpunkt der Investitionen beläuft sich auf 27.431.250 Euro. Damit führt der Entwurf die solide Haushaltswirtschaft der vergangenen Jahre weiter. Große Spielräume sind allerdings nicht vorhanden.

Die Einnahmeerwartungen schreiben im Wesentlichen die jetzigen Erfahrungsdaten fort. Die Aufwendungen bestätigen den besorgniserregenden Trend des stetigen Wachstums der letzten Jahre. Der Zuwachs von über 4 Millionen Euro wird durch verbesserte Einnahmeerwartungen bei den Steuern und Zuweisungen kompensiert. Im laufenden Jahr 2014 hoffen wir nach der Halbjahresprognose auf ein ausgeglichenes Ergebnis, möglicherweise mit einem leichten Überschuss.

### III.

#### **Erträge**

Aktuelle Orientierungsdaten des Landes liegen noch nicht vor, die Planungen beruhen auf den Mai-Steuerschätzungen. Wir erwarten ein Gesamtsteueraufkommen in Höhe von 81,6 Millionen Euro. Die Gewerbesteuer wird mit 42,3 Millionen Euro prognostiziert. Hohe Volatilitäten im Jahreschnitt begleiten uns. Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen sind über die angepassten Gewerbesteuervorauszahlungen schnell spürbar. Die Rücknahme der Prognose für das Wirtschaftswachstum mahnen zur Vorsicht. Bei moderaten Steigerungen muss immer wieder bedacht werden: die Gewerbesteuerumlage wie auch die zeitversetzten Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen vermindern deutlich den Brutto-Ertrag.

Die Einkommenssteuer beträgt 23,4 Millionen Euro. Gerade bei diesem Ansatz wird die Notwendigkeit evident, immer wieder um neue Einwohner zu werben und zugleich die Grundstücks- und Wohnungsvoraussetzungen mit der nötigen Standortqualität zu schaffen. Auch die Erwartungen für die Schlüsselzuweisungen sind steigend: mit 21,9 Millionen Euro Ansatz wird die tragende Säule des kommunalen Finanzausgleichs für unsere Stadt sichtbar.

Die Konzessionsabgaben sind stabil. Für die Dividenden unseres Strom-, Gas- und Wasserversorgers RhönEnergie muss ich allerdings auf Eines hinweisen: künftig werden die Ausschüttungen geringer ausfallen als Folge der Energiewende. Die ÜWAG hat sich seinerzeit mit breiter politischer Unterstützung an Kraftwerken beteiligt, um auf dieser Wertschöpfungsebene sich zusätzlich abzusichern. Die darauf aufbauenden Abnahmeverträge lösen jetzt Rückstellungsverpflichtungen aus. Sie sind durch den Preisverfall auf dem freien Markt verursacht, der wiederum seine Ursache in den massiven Subventionen für die erneuerbaren Energien hat. Für die überschaubare Zeit muss das Nahziel mindestens darin bestehen, mit der Höhe der Ausschüttungen die Wirkungen des steuerlichen Querverbunds für den ÖPNV und die Bäder zu sichern, um nicht noch Zuzahlungen leisten zu müssen.

#### IV.

##### **Aufwand**

Die Personalaufwendungen steigen deutlich an, um 3,1 Millionen Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 8,2 %. Die Gründe hierfür sind vielschichtig:

Tariferhöhungen, Kostensteigerungen bei der Beihilfe, Verteilung der Versorgungslasten, insbesondere aber vier strukturelle Veränderungen:

- Zum einen haben wir im Einsatzdienst der Feuerwehr den Bedarfsplan fortgeschrieben und mit der Erhöhung der hauptamtlichen Kräfte wie auch des insgesamt sich bewährenden Part-Timer-Modells zusätzliches Geld aufzubringen.
- Zum anderen wird die für den Landkreis betriebene Leitstelle insgesamt um 7 Stellen aufgestockt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden vom Kreis refinanziert.
- Zum Dritten haben wir den Ausbau der U 3-Betreuung kontinuierlich weitergeführt, um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

Darüber hinaus macht sich die Personalübernahme von der proCommunitas bei den Kindergärten wie auch den sonstigen Einsatzbereichen bemerkbar.

Die Versorgungsaufwendungen betragen 7 Millionen Euro. Die Zahlung der Versorgungsbezüge wird nicht mehr aus der Rückstellung im Finanzhaushalt, sondern als direkter Aufwand aus dem Ergebnishaushalt verbucht. Der Sach- und Dienstleistungsaufwand ohne Personalkosten bleibt mit 33,2 Millionen Euro auf dem Ansatz 2014. Die Zahlungen für Steuern und Umlagen sinken leicht auf 28,7 Millionen Euro. Die Abschreibungen wachsen durch die stetigen Baumaßnahmen auf 17,8 Millionen Euro. Die Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung schlägt mit 8,5 Millionen Euro zu Buche, eine Dauerverpflichtung bleibt die Bauunterhaltung mit 6,1 Millionen Euro. Die Abfallsammlung und -beseitigung haben wir mit 4,2 Millionen Euro veranschlagt.

## V.

### **Familienfreundlichkeit**

Fulda wird als familienfreundliche Stadt auch im Etat 2015 sichtbar. Die Ressourcen hierfür werden über den größten Einzeletat, der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, mit einem Gesamtvolumen von 34,8 Millionen Euro = 28 % bereitgestellt. Nach Abzug aller Refinanzierungen verbleiben 27,4 Millionen Euro als eigene Deckungsmittel.

Der kontinuierliche Ausbau der U 3-Betreuung hat Ende 2015 eine Platzzahl von 671 zum Ziel: 511 in Einrichtungen und 160 in der Tagespflege. Der Netto-Aufwand wird sich dann auf 13.253.550 Euro belaufen, das bedeutet eine Steigerung von 10,5 %.

Die Erziehungs- und Eingliederungshilfen für junge Menschen sind mit rund 8,8 Millionen Euro geschätzt, was einer Steigerung von 3,6 % entspricht. Die Anstrengungen, die besonders teure Heimunterbringung zu vermeiden, werden unvermindert notwendig sein.

Wir begreifen uns als Bildungsregion mit Fulda als Stadt der Schulen. Hierfür haben wir außerordentlich investiert mit Sanierungen, Modernisierungen und Erweiterungen. Allein die Bauunterhaltung wird uns auch künftig fordern. Gleiches gilt für die technische Ausstattung. Nachdem wir die Richard-Müller-Schule grundständig modernisiert und erweitert haben, wird an der Ferdinand-Braun-Schule das Zentrum für Automatisierungstechnik eine wichtige Neuentwicklung darstellen. Hierfür haben wir Planungsmittel bereitgestellt. Die Dynamik technischer Entwicklungen in der Wirtschaft erfordern immer wieder auch neue Antworten der Schulträger.

Die Für- und Vorsorge in der Jugendhilfe, im Sozialen und in der Bildung wäre unvollständig, wenn sie nicht begleitet würde von dem Bemühen, die Vorsorge für unsere Sicherheit stetig weiter zu entwickeln: in der Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans haben wir hierfür im Personellen Antworten gefunden. Allein mit hauptamtlichen Kräften kann der Brandschutz (als Synonym für vielfältige Hilfeleistungen) nicht gesichert werden. Ohne unsere freiwillige Feuerwehr ist unser Sicherheitsstandard nicht vorstellbar. Deshalb sind wir auf dem Weg, nach dem Vorbild des Feuerwehrstützpunktes Nord für die Kooperation der Feuerwehren Bronnzell, Edelzell und Kohlhaus den Stützpunkt Süd zu planen, um das Sicherheitspotential für die Zukunft zu erhalten. In gleicher Weise gilt das für die Erneuerung der Leitstelle in engster Abstimmung mit dem Landkreis. Im kommenden Jahr sind für beide Ziele die Planungen zu entwickeln.

## VI.

### **Städtebauliche Infrastruktur**

Die Entwicklung neuer Baugebiete wird uns auch in 2015 intensiv beschäftigen, ob es um den Abschluss der Bauleitplanung, die Durchführung der Erschließung oder die Vergabe der Grundstücke geht. Die Projekte Edelzell, Sickels und Maberzell sind Ihnen bestens bekannt. Kleinere Arrondierungen wie in Zell oder als Ziel in Dietershan für den Eigenbedarf sind be-

reits auf den Weg gebracht oder stehen auf der Wunschliste – auch Bronnzell. Die Verhandlungen mit Corpus Sireo für das Gebiet Haimbach müssen in überschaubarer Zeit zu Ende geführt werden.

Durch Privatinvestoren in Begleitung und Unterstützung der Stadt wollen wir die zunehmende Nachfrage nach Wohnungen in der Innenstadt befördern und Dienstleistungen in der Kernstadt sichern. Die Projekte in der Brauhaus-, Dalberg- und Rabanusstraße stehen stellvertretend auch für weitere Vorhaben wie auch die städtische Fläche für den Sozialen Wohnungsbau in der Magdeburger Straße, wo wir in Kürze Entscheidungen treffen.

Die große Bürgerhausmodernisierung in Haimbach wird in 2015 umgesetzt, in gleicher Weise wie auch die Verbesserung der Infrastruktur am BGH in Bernhards oder die Sanierung an der Grillenburg. Die Pflege unseres historischen Baubestands mit der Weiterführung der Dachsanierung am Schloss und die grundständige Modernisierung des Palais Altenstein begleiten uns im Jahre 2015 ebenso wie vielfältige Straßenbaumaßnahmen – ob Fertigstellungen an der Fulda-Galerie mit über 1 Million Euro oder die Ausbauten an der Moltkestraße, Magdeburger Straße oder die grundständige Erneuerung der Kurfürstenstraße als 2. Bauabschnitt der Ostumfahrung, allerdings abhängig von der Landesförderung.

Die Betriebstechnik am Weimarer Tunnel muss aufwändig erneuert werden. Der Austausch der Lichtsignalanlagen wie auch die Umrüstung von Bushaltestellen auf Niederflurtechnik mit insgesamt über 700.000 Euro dienen der Verbesserung des ÖPNV. Sie tragen aber auch in sehr praktischer Weise dem Dauerziel der Inklusion Rechnung, um behindertengerechte Infrastruktur für den Alltag auszubauen. Das gilt auch für die gehfreundliche Erneuerung von Pflasterbereichen in der Innenstadt.

## VII.

### **Stadterneuerung**

Mit großem Erfolg haben wir das Projekt Soziale Stadt Aschenberg abschließen können mit dauerhaft positiven Wirkungen. Die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm Aktive Kerne hat uns wesentliche Impulse für die Innenstadtentwicklung gegeben – ob im Kleinteiligen bei der Förderung des innerstädtischen Handelsgeschehens oder bei den laufenden Projekten für die substantielle Erneuerung wichtiger Teile des Schlossgartens. Die Neugestaltung des Ehrenhofes und unseres Stadtschlusses geben nach außen eine sinnbildliche Erfahrung von Schönheit und Funktionalität. Im auslaufenden Stadterneuerungsprogramm Stadtumbau West können wir wichtige Entwicklungsschritte am Hirtsrain, in der Florengasse oder am früheren Weißensee-Gelände vorweisen. In 2015 wollen wir das Franzosenwäldchen als innerstädtische Grünanlage erneuern, möglicherweise auch die Vorfläche vor der alten Stadtmauer.

Für die Zukunft wird bedeutsam sein, dass wir beste Chancen haben, das Ostend und Ziehers-Süd in das Programm Soziale Stadt einzubringen. Am Gallasiniring, entlang der Petersberger Straße und in Ziehers-Süd können wir damit Impulse für die Erneuerung des Stadtquartiers setzen, die den besonderen Entwicklungsbedarf aufgreifen und in den nächsten 8 – 10 Jahren auf einer Fläche von rund 120 ha Quartierserneuerung möglich macht. Wir müssen ein „integriertes Handlungskonzept“ erarbeiten und ein Stadtteilmanagement als Steuerung implementieren. Vorsorglich haben wir als weitere Projekte die Erweiterung der Kita Hobbits, die energetische Sanierung der Turnhalle an der Athansius-Kircher-Schule und einen Zuschuss für die Freiflächengestaltung der Wohnblocks an der Georg-Antoni- bzw. Dientzenhofer Straße beantragt.

Die Eigenentwicklung unserer Stadtteile, die Stärkung der Innenstadt und die Erneuerung von Stadtquartieren muss begleitet werden von der Sicherung unserer Wirtschaftsstruktur, die immer wieder auf ausreichende



Gewerbeflächen zurückgreifen muss. Die prosperierende Entwicklung haben wir immer wieder mit konkreten Erweiterungen und Entwicklungen vorhandener Gewerbestandorte befördert durch Veräußerung von Grundstücken, in der Begleitung durch die Bauleitplanung, mit dem Bau des Westrings oder der Glasfaserversorgung. Beispielhaft hierfür stehen die große Erweiterung des MILUPA-Werks oder die Ansiedlung von JUMO im I-Park West. Das Münsterfeld haben wir erfolgreich vermarktet. Die verfügbaren Gewerbeflächen sind knapper geworden. Deshalb müssen sich die Anstrengungen auf die Ausweisung neuer Gewerbeflächen wie auch die gemeinsame Entwicklung der interkommunalen Gewerbegebiete innerhalb der Stadtregion konzentrieren. Die Diskussion um den Ersatzstandort Sommerlad hat diese Debatte beflügelt. Daseinsvorsorge ist hier im wahrsten Sinne des Wortes als entsprechende Chance wahrzunehmen und zu pflegen - und auch Schwierigkeiten sind nicht zu scheuen.

## VIII.

### **Klinikum**

Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge werden bei der Trägerschaft der Stadt für unser Klinikum besonders sichtbar. Das Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft ist innerhalb wie außerhalb des Stadtparlaments immer wieder bekräftigt worden. Das Projekt zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft hat sich in den letzten Monaten auf die Möglichkeit eines Osthesenverbundes mit den Landkreisen Bad Hersfeld-Rotenburg und Vogelsbergkreis verdichtet. Die informelle Anfrage für eine kartellrechtliche Prüfung einer denkbaren Fusion ist positiv beantwortet worden. Die Vorbereitungen für einen entsprechenden Transaktionspfad haben wir vorangetrieben. Allerdings ist das Projekt im Augenblick unterbrochen, da innerhalb des Landkreises Hersfeld-Rotenburg zunächst ein interner Klärungsprozess durch Einsprüche aus dem Rotenburger Kreisteil vorrangig abgeschlossen werden muss. Landrat Dr. Schmidt hat deshalb um eine Auszeit bis Dezember gebeten. Wir werden sehen, ob wir danach wieder an den ur-

sprünglichen Verhandlungsstand anknüpfen können oder sich völlig neue Konstellationen ergeben.

Unbeschadet hiervon stehen wir vor dem größten Bauprojekt der letzten Jahre. Ursprünglich war vorgesehen, den OP-Trakt mit Intensivbereichen und Notfallaufnahme mit rund 25 Millionen Euro neu zu bauen. In vielen weiteren Verhandlungen und vor dem Hintergrund der geänderten Krankenhausinvestitionsfinanzierung durch das Land soll jetzt eine deutliche Ausweitung auch im Vorgriff auf die später notwendige Sanierung des Haupthauses auf den Weg gebracht werden. Neben dem OP-Trakt soll der 2. Abschnitt des Mutter-Kind-Hauses wie auch ein dreigeschossiger Pflege-trakt für die Chirurgie jetzt begonnen werden.

Das Gesamtprojekt von rund 65 Millionen Euro soll nunmehr von der Klinikum gAG als Bauherr eigenständig durchgeführt werden, was im Hinblick auf die Fördermittel des Landes und mit ergänzenden Darlehensmitteln darstellbar ist. Wir, die Stadt, wollen allerdings über unseren Haushalt eigenständig die dringend notwendigen Brandschutzinvestitionen, insbesondere für den Altbestand, mit einem Kostenvolumen von rund 6 Millionen Euro tragen. Das Klinikum wird dieses Projekt in unserem Auftrag mit engster Begleitung durch die städtische Verwaltung durchführen. Für Kostensteigerungsrisiken des Gesamtprojektes der großen Erweiterungs-investition stehen die bisher bereitgestellten Mittel der Stadt mit Unterstützung des Kreises zusätzlich zur Verfügung. Gerade an diesem Projekt wird deutlich sichtbar, in welchem Maße sich die Stadt als Krankenhausträger für die Gesamtregion engagiert. Die großen oberzentralen Leistungen der Stadt im schulischen, kulturellen und Freizeitbereich zählen genauso dazu – wir müssen sie immer wieder hervorheben, um Wahrnehmungsdefizite bei manchen kritischen Stimmen aus der Region auszugleichen.

## IX.

**Rückstellungen/Rücklagen/Kredite**

Der Vorsorgegedanke wird musterhaft im doppischen Haushalts- und Rechnungssystem durch die Notwendigkeit für Rückstellungen abgebildet. Damit sollen Zukunftsbelastungen sichtbar werden, deren Ursprung in der Gegenwart liegt. Zu Beginn des Haushaltsjahres 2015 betragen unsere Rückstellungsverpflichtungen 82,8 Millionen Euro. Mehr als die Hälfte davon sind Pensionsverpflichtungen. Hinzu kommen die vorsorglichen Bezifferungen von Beihilfe, Altersteilzeit oder auch Rekultivierungsverpflichtungen.

Für die Abpufferung ungewisser Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs sind 27,5 Millionen Euro ausgewiesen. Im Finanzhaushalt 2015 sind vorsorglich Kreditaufnahmen in Höhe von 8 Millionen Euro veranschlagt, davon zinsvergünstige Darlehen aus dem Investitionsfonds in Höhe von 3 Millionen Euro. Wir wollen damit die kommunale Handlungsfreiheit sichern, gehen aber davon aus, dass wir den größten Teil durch vorhandene Liquidität selbst finanzieren können. Unter dieser Annahme weist die Schuldenübersicht folgenden Stand an Kernschulden aus:

- zum Ende 2013 in Höhe von 104 Millionen Euro,
- zum Ende 2014 in Höhe von 97,2 Millionen Euro,
- zum Ende 2015 voraussichtlich in Höhe von 87,4 Millionen Euro.

Die pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt der Stadt würde dann Ende 2015 inklusiver geplanter Neuaufnahmen 1.420 Euro pro Einwohner betragen. Im Rahmen unserer Konsolidierungsanstrengungen und wirtschaftlicher Haushaltsführung haben wir seit 10 Jahren keine neuen Kreditmarktmittel (außer den öffentlichen) mehr aufnehmen müssen. Von 2008 bis 2014 haben wir rund 30 Millionen Euro außerordentlich getilgt. Nur auf diesem Wege war es möglich, die Haushaltswirtschaft der Stadt solide zu gestalten.

X.

### **Neuordnung des KFA**

Für dieses Ergebnis sind auch unsere erfolgreichen Bemühungen verantwortlich, trotz vielfältiger gegenteiliger Planungen den Sonderstatus der Stadt Fulda auch finanziell in den vergangenen Jahren zu sichern. Über den von anderer Seite immer wieder vom Zaun gebrochenen Streit habe ich Sie kontinuierlich informiert. Mit großem Aufwand, aber am Ende immer wieder erfolgreich, haben wir die Angriffe abgewehrt.

Nach der „kleinen Reform“ des Finanzausgleichs in 2012 hatten wir die Hoffnung, damit endgültig das strittige Dauerthema beenden zu können. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Mai 2013 mit der Vorgabe, eine Neuordnung auf der Basis einer tragfähigen Bedarfsanalyse vorzunehmen, hat die Grundsatzdiskussion neu angefacht. Der Haushalt des Jahres 2015 wird der letzte Haushalt sein, der auf der bisherigen Basis des Finanzausgleichs mit den Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen steht. Ab 2016 muss es einen neu strukturierten Finanzausgleich geben. Der Reformprozess ist in vollem Gange. Finanzministerium, kommunale Spitzenverbände, Rechnungshof und Experten sind in zahlreichen Arbeits- und Lenkungsgruppen aktiv. Das Land hat über 4.000 Pflichtaufgaben erfasst. Am 30. September hat der Finanzminister sein erstes Punktepapier herausgegeben.

Danach sind drei Finanzausgleichsmassen vorgesehen:

- für den Mindestbedarf mit der Auffüllung der kommunalen Finanzkraft durch das Land für Pflichtaufgaben und freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben,
- für den angemessenen Bedarf (für freiwillige zusätzliche Aufgaben - abhängig von der Finanzkraft des Landes) und
- eine noch als Stabilitätsansatz bezifferte dritte Teilmenge.

Der Finanzminister bewegt sich damit in der Gesamtmasse in der Größenordnung des jetzigen Finanzausgleichs. Er will sieben kommunale Empfängergruppen unterscheiden, u.a. auch Sonderstatusstädte und Sonderstatuslandkreise. Die besonderen Finanzaufweisungen sollen fortbestehen – auch das System der Kreisumlage mit Wegfall der Kompensationsumlage.

Der Städtetag hat in seiner ersten Stellungnahme positiv vermerkt, dass die strittigen freiwilligen Aufgaben (u.a. Sport und Kultur) mit 100 % anerkannt worden sind. Allerdings kompensiert das jetzige Modell nicht die von allen regionalen Körperschaften heftig kritisierte Entnahme der 340 Millionen Euro im Jahre 2011. Darüber hinaus muss sehr kritisch nachgearbeitet werden, inwieweit die Aufwandsglättung durch das System der Thüringer Korridorbildung nicht zu einer unangemessenen Verminderung des Aufwands geführt hat bei gleichzeitiger größtmöglicher Abschöpfung der kommunalen Einnahmen, um die Residualfinanzierung des Landes über den KFA möglichst gering zu halten.

Anfang November will der Finanzminister sein Modell zur horizontalen Verteilung vorstellen. Erst wenn diese Überlegungen auf dem Tisch liegen, wird eine Einschätzung über die konkreten Auswirkungen auch in der Hochrechnung für uns beziffert werden können. Es bedarf keiner Phantasie um vorherzusagen, dass spannende und mit Sicherheit extrem kontroverse Diskussionen mit dem Land, aber möglicherweise auch innerhalb der kommunalen Familie die Folgen sein werden. Bis Mitte nächsten Jahres wird das Land das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen haben, um dann für das Haushaltsjahr 2016 mit hinreichender Sicherheit die Daten des kommunalen Finanzausgleichs im Detail ermitteln zu können. Schon jetzt kann man festhalten, dass aufgrund der bedarfsorientierten Struktur des kommunalen Finanzausgleichs die vom Bund in Aussicht gestellte Übernahme bzw. Teilübernahme der Eingliederungshilfe im perspektivischen Gesamtvolumen von 5 Milliarden Euro nicht als zusätzliche Einnahme der kommunalen Ebene ankommen wird.

Das bedeutet konkret, dass der für diese Legislaturperiode mindestens vorgesehene Bundeszuschuss als erster Schritt von 1 Milliarde Euro zur Entlastung anteilig beim Landeshaushalt verbleibt.

XI.

### **FAZIT**

Der Entwurf des Haushaltes 2015 bildet ein solides Fundament, um die kommunale Daseinsvorsorge für unsere Stadt zu sichern. Die von Kontinuität geprägte Stadtpolitik sichert zum einen die Substanz unserer Infrastruktur, stellt sich aber immer wieder den neuen Herausforderungen mit dem Start neuer Projekte. Das gilt in gleichem Maße für die Software des Gemeinwesens - die Teilhabegerechtigkeit im Sozialen, Schulischen, Kulturellen und Gemeinschaftsbildenden - ebenso wie für die Hardware in Gestalt der Straßen, Wege, Plätze, Gebäude oder Grünanlagen.

Die Funktionalität der Stadtinfrastruktur verbindet sich bei uns mit der Schönheit der Stadtgestalt und schafft damit die Lebensqualität, um die wir uns Jahr um Jahr und Tag für Tag gemeinsam mit der Bürgerschaft immer wieder neu bemühen.

Mit dem Ihnen vorliegenden Haushalt 2015 wird dies auch im kommenden Jahr wieder gelingen.

Fulda, 17. Oktober 2014

Gerhard Möller  
Oberbürgermeister